

Es gärt in der Truppe: Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) gerät wegen ihrer Kritik an der Bundeswehr massiv unter Druck. Unterdessen zieht die Bundesanwaltschaft im Fall des rechtsgesinnten Offiziers Franco A. die Ermittlungen an sich.

Verteidigungsminister und Inhaber der Befehls- und Kommandogewalt zu sein, kann ein ziemlich unbequemer Job sein. Die dreieinhalb Jahre, die Ursula von der Leyen (CDU) nun auf dem Stuhl sitzt, der für viele ihrer Vorgänger zum Schleudersitz geworden ist, waren ziemlich frei von Katastrophen, die einem Ressortchef im Bendler-Block in Berlin gefährlich werden können. Das hat sich in den vergangenen Tagen geändert, und Ursula von der Leyen steht im Kreuzfeuer der Kritik wie niemals zuvor.

Der Hintergrund für ihre aktuelle Breddouille ist der Fall des wegen Terrorverdachts inhaftierten Soldaten Franco A., der sich nicht nur eine Zweitidentität als syrischer Flüchtling zugelegt hat, sondern auch im ersten Versuch seiner Abschlussarbeit im Studium rechtsextreme Positionen bis hin zur dumpfen völkischen Gesinnung offenbart hat. Der Grund für die Aufregung ist nicht die Sache selbst, sondern von der Leyens Umgang damit. Erst hatte die Ministerin eisern geschwiegen. Dann trat sie am Sonntagabend zur besten Sendezeit vor die Kameras und attestierte der gesamten Bundeswehr ein Haltungsproblem, multiple Führungsschwäche und falsch verstandenen Korpsgeist. Dieses Interview hallt nun nach, wie keine der PR-Offensiven, die die medienaffine Ministerin zuvor gestartet hat.

In der Bundeswehr ist ein Sturm der Entrüstung losgebrochen. Abgeordnete aus dem Verteidigungsausschuss berichten von einem Trommelfeuer aus Telefonaten und Emails aus den Kasernen in der Heimat wie aus den Einsatzgebieten. „So viele Anrufe wie in den letzten zwei Tagen, habe ich noch nie erhalten“, sagt ein langjähriger Parlamentarier aus der Unionsfraktion. Auch im Nachhinein ist ihm unbegreiflich, was die Ministerin vor zwei Tagen im Fernsehen von sich gegeben hat. „Es ist unfassbar, dass sie die gesamte Bundeswehr an die Wand gestellt hat“, setzt er hinzu. Zwischen

Ministerin im Sturm der Kritik

Bundeswehr Verteidigungsministerin von der Leyen hat die Truppe im Fall Franco A. pauschal kritisiert – jetzt gerät sie selbst in die Defensive. *Von Bärbel Krauß*



hat, nimmt ihr niemand ab. Das Konzept der Inneren Führung, das von der Leyen jetzt ins Schaufenster stellt, hat sie jahrelang ignoriert und geschliffen. Interne Institutionen wie das Zentrum für Innere Führung oder der gleichnamige Beirat hat sie bei der Aufklärung der bekannt gewordenen Problemfälle links liegen gelassen.

„Die Bundeswehr hat jede Menge Probleme“, sagte der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels, der ein SPD-Parteibuch hat. „Aber wenn Frau von der Leyen nun sagt, es gäbe ein Führungsproblem, dann muss man natürlich sagen: Führung fängt oben an.“ Selbst der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz findet, dass sie „die ihr anvertrauten Soldatinnen und Soldaten im Stich lässt“. Dabei hätte sie den Skandal aufklären und sich zugleich vor die Truppe stellen müssen, forderte Schulz.

Trügerische Ruhe in der Union

Um Ursula von der Leyen braut sich kein laues Lüftchen, sondern ein ziemlicher Sturm zusammen. Ihre für diese Tage geplante USA-Reise hat sie abgesagt. „Für die Ministerin steht die Aufklärung der aktuellen Vorgänge um den Oberleutnant A. aus Illkirch im Vordergrund“, so das Ministerium offiziell. Inoffiziell dürfte aber die Notwendigkeit der Selbstverteidigung den Ausschlag gegeben haben. Die trügerische Ruhe in den Reihen der Union wird von der Leyen und ihren Beratern dabei mehr zu denken geben als die laute Kritik von Koalitionspartner und Opposition. Parteikollegen verteidigen sie nicht, sondern hüllen sich in Schweigen.

„Wir sind alle konsterniert“, sagt ein Unionsmann. „Sie muss ihre Aussagen korrigieren und zwar selbst und vor laufender Kamera“, fordert er. „95 Prozent der Soldaten erledigen ihre Pflicht zu 100 Prozent“, betont er. Allein: diese Information, habe die Ministerin unterschlagen. Auch analytisch folgt dieser Unions-Politiker seiner Ministerin nicht. Die wachsende

falsch verstandenem Korpsgeist. Dieses Interview hält nun nach, wie keine der PR-Offensiven, die die medienaffine Ministerin zuvor gestartet hat.

In der Bundeswehr ist ein Sturm der Entrüstung losgebrochen. Abgeordnete aus dem Verteidigungsausschuss berichten von einem Trommelfeuer aus Telefonaten und Emails aus den Kasernen in der Heimat wie aus den Einsatzgebieten. „So viele Anrufe wie in den letzten zwei Tagen, habe ich noch nie erhalten“, sagt ein langjähriger Parlamentarier aus der Unionsfraktion. Auch im Nachhinein ist ihm unbegreiflich, was die Ministerin vor zwei Tagen im Fernsehen von sich gegeben hat. „Es ist unfassbar, dass sie die gesamte Bundeswehr an die Wand gestellt hat“, setzt er hinzu. Zwischen den Zeilen schimmert die Ergänzung durch: und zum Abschluss freigegeben hat. In dem offenen Brief an die Truppe, den sie ihrem Interview auf der Internetseite des Verteidigungsministeriums folgen ließ, habe sie diesen Kernvorwurf zwar besser kaschiert, aber eben doch noch einmal wiederholt. Ein anderer Unionsmann, der die Bundeswehr seit langem kennt, erklärt, dass er „noch nie zuvor eine so unterirdisch schlechte Stimmung in der Bundeswehr“ wahrgenommen hat.

Das allein ist schon bemerkenswert. Denn immerhin ist die Zeit der Schrumpfkuren für die Truppe nach rund zwei Jahrzehnten zu Ende gegangen. In Ursula von der Leyens Amtszeit fällt die Abkehr vom Spardiktat. Die Truppe darf jetzt wieder wachsen, sie bekommt mehr Mittel und soll besser ausgerüstet, um den Ansprüchen an die Landes- und Bündnisverteidigung gerecht werden zu können. Dass die Stimmung dennoch schlecht ist, wirft auch jenseits der aktuellen Turbulenzen im Fall von Franco A. und den Umgang der Ministerin damit, ein schlechtes Licht auf die Führung des Ressorts.

Soldaten sprechen von Illoyalität

„Nach drei Jahren an der Spitze kann man nicht mehr die Verantwortung auf die Vorgänger schieben“, sagt ein Unionspolitiker und erinnert sich daran, welch weidlichen Gebrauch Ursula von der Leyen in ihrem ersten Amtsjahr als Verteidigungsministerin mit dieser Methode gemacht hat. Egal welche Probleme sich bei der Bundeswehr



Ministerin von der Leyen hat der Truppe „ein Haltungsproblem“ vorgeworfen.

Foto: dpa

SKANDALE IN DER BUNDESWEHR

Bad Reichenhall Anfang 2017 wurde bekannt, bei den Gebirgsjägern sei es zu Sex-Mobbing, Volksverhetzung und Verstößen gegen das Tierschutzgesetz gekommen.

Pfullendorf Soldaten berichten Anfang 2017 von demütigenden Aufnahme-ritualen. Ausbilder sollen Soldatinnen belästigt und genötigt haben.

Extremismus Der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels

spricht im Januar 2017 von 60 meldepflichtigen Ereignissen im Jahr 2016 „mit Verdacht auf Extremismus oder Verstoß gegen die Grundsätze der freiheitlich-demokratischen Grundordnung“.

NSU Der Bundestags-Untersuchungsausschuss zum Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) bringt ans Licht, dass die Bundeswehr jahrelang Rechtsextreme in ihren Reihen geduldet hat.

zeigten: Von der Leyens Amtsvorgänger Thomas de Maizière war der Schuldige. Diesmal aber hat sie überzogen.

Es rächt sich nun, dass von der Leyen wegen des terrorverdächtigen Franco A und dem Fehlverhalten einzelner Soldaten in Pfullendorf, Bad Reichenhall und Sondershausen die Truppe insgesamt an den Pranger gestellt hat, nur um sich selbst in Deckung zu bringen. Der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Andre Wüstner, hat es in klare, wenn auch vergleichsweise

freundliche Worte gefasst. „Das kann keiner nachvollziehen, wie sich eine Ministerin jetzt sozusagen auf die Tribüne verabschiedet und über ihre Mannschaft urteilt“, erklärte Wüstner und transferiert die ganze, aktuelle Malaise in die Fußballsprache. In Internetforen und auf Twitter fallen die Kommentare von Soldaten dazu weit härter aus: Illoyal sei das von der Ministerin, sie zerlege die Truppenmoral.

Die Rolle der brutalstmöglichen Aufklärerin, die sie sich für diese Krise ausgesucht

Gorch Fock Im November 2010 geht eine Kadettin auf dem Segelschiff Gorch Fock nachts über Bord und ertrinkt. Ihr Tod löst eine Affäre aus, in der Schikanen und sexuelle Belästigung an Bord angeprangert werden. Die Staatsanwaltschaft stellt ihre Ermittlungen Mitte 2011 ein.

Mittenwald 2010 werden aus der Gebirgsjäger-Kaserne mehrere entwürdigende Aufnahme-rituale bekannt. dpa

Notwendigkeit der Selbstverteidigung den Ausschlag gegeben haben. Die trügerische Ruhe in den Reihen der Union wird von der Leyen und ihren Beratern dabei mehr zu denken geben als die laute Kritik von Koalitionspartner und Opposition. Parteikollegen verteidigen sie nicht, sondern hüllen sich in Schweigen.

„Wir sind alle konsterniert“, sagt ein Unionsmann. „Sie muss ihre Aussagen korrigieren und zwar selbst und vor laufender Kamera“, fordert er. „95 Prozent der Soldaten erledigen ihre Pflicht zu 100 Prozent“, betont er. Allein: diese Information, habe die Ministerin unterschlagen. Auch analytisch folgt dieser Unions-Politiker seiner Ministerin nicht. Die wachsende Dunkelziffer von Problemfällen in der Bundeswehr, von denen die Ministerin spricht, kann er, ähnlich wie der SPD-Politiker Rainer Arnold oder die Grünen-Abgeordnete Agnieszka Brugger nicht nachvollziehen: „In Sachen Moral läuft bei der Bundeswehr nichts aus dem Ruder. Auch bei Vorfällen in Zusammenhang mit Rechtsextremismus gab es keinen Anstieg in den vergangenen Jahren“. Am Abend ruderte von der Leyen erneut zurück. „Ich habe immer die Gesamtverantwortung“, räumte sie ein. Und dass sie „vielleicht hätte früher tiefer graben müssen“.

Kurz vor der Bundestagswahl fällt von der Leyens Bilanz als Ministerin flau aus: Hinter zwei selbst gesteckten Zielen hinkt sie hinterher. Sie hat zwar viel unternommen, um den Dienst in den Streitkräften attraktiver zu machen, aber die Personalnot der Truppe ist kaum kleiner geworden. Tatsächlich sorgt die Arbeitszeitverordnung, die sie durchsetzte, für Mehrbelastungen und Unmut. Ihr zweites großes Ziel war es, im Rüstungsbereich aufzuräumen und den Verzögerungen und Teuerungen ein Ende zu machen. Ihrem Deal über die Nachrüstung von 100 Kampfpanzern hat der Rechnungshof bescheinigt, erhebliche Risiken für den Steuerzahler zu enthalten. „Beim Klarstand des vorhandenen Materials ist die Lage noch schlechter geworden“, sagt ein Insider. „Viele Soldaten sehen von der Leyen auf dem Absprung“, ergänzt er. „Das Vertrauen in die Verlässlichkeit und Berechenbarkeit dieser Führung ist nicht mehr vorhanden.“

Soldat Franco A. hatte wohl Unterstützer

Militär Im Verteidigungsministerium geht man von einem kleinen rechtsextremistischen Netzwerk in der Bundeswehr aus.

Im Fall des Bundeswehr-offiziers Franco A., der sich als syrischer Flüchtling ausgab und möglicherweise einen Terroranschlag geplant hat, hat der Generalbundesanwalt die Ermittlungen an sich gezogen. Die Behörde begründete dies mit dem Anfangsverdacht für die Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalt-

tat. Nach einem Bericht des „Tagesspiegel“ umfasste A.s Liste möglicher Anschlagsoffer auch den ehemaligen Bundespräsidenten Joachim Gauck und Justizminister Heiko Maas (SPD) sowie die Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth (Grüne).

Das Verteidigungsministerium hat das Parlament am Dienstag über die bisherigen Ergebnisse der internen Ermittlungen informiert. Demnach geht das Ministerium nicht von Franco A. als Einzeltäter aus.



Generalbundesanwalt Peter Frank lässt ermitteln. Foto: dpa

Stattdessen gebe es Hinweise auf ein begrenztes Netz mit bis zu fünf Teilnehmern. Dazu zählten wohl auch ein Reservist und ein Student, der ebenfalls in Haft sei. Im Zug der bisherigen Untersuchungen seien diesen Angaben zufolge am Standort Illkirch im Elsass, wo der Oberleutnant Franco A. zuletzt stationiert war, ein G36-Gehäuse mit

eingeritztem Hakenkreuz und weitere Hinweise auf mögliche NS-Devotionalien entdeckt worden. Darüber hinaus gebe es Anhaltspunkte für einen möglichen Munitionsverlust oder Diebstahl und Hinweise auf rechtes und völkisches Gedankengut.

Dabei wurden auch neue Informationen über die Masterarbeit übermittelt, die der Verdächtige 2013 als Student an der französischen Militärakademie Saint-Cyr verfasst hat. Sie war wegen rechtsextremisti-

scher Inhalte aufgefallen und angezeigt worden. Darin habe der Soldat von einem „Genozid“ an den westlichen Gesellschaften und angesichts der Einwanderung vom „Untergang der betroffenen Völker“ geschrieben. Der deutsche Vorgesetzte an der Hochschule habe seinerzeit eine eindeutige Bewertung des Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften erhalten; auch der Rechtsberater der Streitkräftebasis wurde offenbar eingeschaltet.

Aber es gelang Franco A., sich herauszureden. Er habe auf den Zeitdruck verwiesen, unter dem er die Arbeit verfasst habe, und von Missverständnissen gesprochen. Daraufhin habe er die Chance erhalten, sei-

ne Arbeit neu zu schreiben. Auf einen Eintrag in die Personalakte sei verzichtet worden. Trotz der Hinweise auf rechtsextreme Überzeugungen sei der Militärische Abschirmdienst nicht eingeschaltet worden. All dies sieht Ministerin von der Leyen als Beleg für den falschen Korpsgeist in der Bundeswehr. Am Mittwoch will sie mit Generalinspekteur Volker Wieker den Standort Illkirch besuchen. Für Donnerstag hat sie 100 Kommandeure nach Berlin eingeladen, um über die jüngsten Skandale zu sprechen. Die Aufklärung wird laut Ministerin Wochen und Monate dauern. „Das Dunkelfeld auszuleuchten, wird mühsam und schmerzhaft“, sagte sie in der ARD. *luß*

DIE DEUTSCH-FRANZÖSISCHE BRIGADE - EIN VORZEIGEMODELL

Historie Sie wurde als Keimzelle einer europäischen Armee gelobt, als weltweit einzigartige binationale Kampfeinheit: Die deutsch-französische Brigade, in der der festgenommene Bundeswehrsoldat Franco A. seinen Dienst tat, gilt auch als Symbol für die

Aussöhnung beider Länder nach dem Krieg. Den Grundstein für die deutsch-französische Brigade legten Frankreichs Präsident François Mitterrand und Kanzler Helmut Kohl 1987 in Karlsruhe. 1993 wurde das Eurokorps gegründet, dem sie unterstellt ist.

Stärke Der Brigade gehören etwa 6000 Soldaten an. An ihrer Spitze wechseln sich für jeweils zwei Jahre ein Deutscher und ein Franzose ab. Der Kommandostab befindet sich im baden-württembergischen Müllheim, andere Standorte sind in beiden Ländern. *AFP*